

N

NACHRICHTEN

Kurznachrichten
Mehr unter suedostschweiz.ch

BERN

Gesundheitskosten: Ärzte und Spitäler in die Pflicht nehmen

Die Gesundheitskommission des Nationalrats will die Kosten ambulanter Leistungen senken. Sie nimmt vor allem Ärzte und Spitäler ins Visier. Diese sollen zusammen mit den Krankenkassen Massnahmen zur Steuerung von Kosten und Leistungen ausarbeiten müssen. Die Kommission hat eine parlamentarische Initiative mit entsprechender Stossrichtung mit 13:9 Stimmen gutgeheissen, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten. (sda)

WASHINGTON

Die USA haben mehr als 100 000 Visa annulliert

Im Zuge des vor acht Tagen von den USA verhängten Einreisestopps für Menschen aus sieben muslimischen Ländern und des gleichzeitigen Aufnahmestopps für Flüchtlinge wurden mehr als 100 000 Visa annulliert. Diese Zahl habe der von der Regierung bestellte Staatsanwalt bei einer Gerichtsanhörung in Alexandria bei Washington genannt, berichtete die «Washington Post» gestern. (sda)

WASHINGTON

Trumps Beraterin erfindet «Massaker» durch Flüchtlinge



Kellyanne Conway, Beraterin von US-Präsident Donald Trump und Erfinderin der «alternativen Fakten», hat den US-Einreisestopp mit dem Hinweis auf ein «Massaker» durch Flüchtlinge in den USA im Jahr 2011 verteidigt. Präsident Barack Obama habe damals einen Aufnahmestopp für irakische Flüchtlinge erlassen, behauptete sie zudem in einem TV-Interview am Donnerstagabend. Wie verschiedene US-Medien gestern aufzeigten, hat es weder das Massaker noch den Einreisestopp je gegeben. (sda)

PARIS

Angriff auf Soldaten vor dem Louvre in Paris

Mit einer Machete hat ein mutmasslicher Islamist gestern nahe dem Pariser Louvre-Museum vier patrouillierende Soldaten angegriffen. Einer der Soldaten gab laut Polizei fünf Schüsse auf den Angreifer ab und verletzte diesen lebensgefährlich, unter anderem am Bauch. Der Angreifer wurde in ein Spital gebracht und notoperiert. Ein Soldat wurde leicht am Kopf verletzt. (sda)

Schlussstrich der Woche



Bundesräte wollen sich nicht «grillieren» lassen

Während der Sessionen der eidgenössischen Räte möchte das Schweizer Fernsehen SRF künftig eine «Rundschau Spezial» ausstrahlen und dazu jeweils einen Bundesrat einladen. Das Problem: Diese haben überhaupt keine Lust.

von Dennis Bühler

Ein Sendungskonzept des Schweizer Fernsehens sorgt für Unruhe in der Regierung: Am mittleren Mittwochabend jeder dreiwöchigen Parlamentssession sollen die beiden «Rundschau»-Moderatoren Sandro Brotz und Susanne Wille künftig gemeinsam einen Gast zu einem aktuellen Thema interviewen. Oder vielmehr: wenn immer möglich eine Bundesrätin oder einen Bundesrat.

Vor zehn Tagen informierte Fernseh- und Radiodirektor Ruedi Matter anlässlich der SRF-Jahresmedienkonferenz über «Rundschau Spezial», welches die in die Jahre gekommene und immer behäbiger wirkende Politsendung «Classe politique» ersetzen wird. National- und Ständeräte, die bisher die Hauptrolle innehatten, sollen künftig höchstens noch in kurzen, während des Interviews eingespielten Beiträgen auftreten.

Bundesräte prüfen Sendungsboykott

Um die Einflüsterer der Regierung vom neuen Format zu überzeugen, sprachen Wille und Marianne Gilgen, die langjährige Chefin der «Arena», kürzlich bei der Konferenz der Kommunikationsdienste in Bern vor. In diesem Gremium, dem Bundesratssprecher André Simonazzi vorsteht, treffen sich die Chefs der Kommunikationsabteilungen der verschiedenen Departemente regelmässig zum Austausch. Ihre Hauptaufgabe ist es, anstehende Informationsprobleme aus der Welt zu schaffen.

Offiziell sagt Simonazzi einzig, man habe die Neukonzeptionierung «zur Kenntnis genommen». Die Mitglieder des Bundesrates würden das neue Format genau beobachten und von Fall zu Fall entscheiden, ob sie teilnehmen werden oder nicht. Doch hinter den Kulissen brodet es: Von «fehlender Begeisterung» zu sprechen, treffe die Stimmung in der

Regierung und deren Umfeld nur ungenau, sagen die Kommunikationschefs mehrerer Bundesräte. «Vielmehr herrscht regelrechter Unmut.» Bereits sei davon die Rede, «Rundschau Spezial» notfalls zu boykottieren.

Am Rande einer Bundesratssitzung diskutierten die sieben Magistraten dem Vernehmen nach kürzlich gar höchstpersönlich, wie sie sich im Falle einer Einladung in die neue Sendung verhalten sollten. Klar ist: Die Charmeoﬀensive der SRF-Frauen Gilgen und Wille fruchtete nicht – die von SRF erhoffte Garantie, für jede Aufzeichnung von «Rundschau Spezial» einen Bundesrat abzustellen, verweigert die Regierung.

«Kontraproduktiv wegen 'No Billag'»

Doch was stösst den Politikern und ihrer Entourage derart sauer auf? Zum einen sei es heikel, wenn sich Bundesräte während der Session zu Geschäften äussern müssten, die noch nicht zu Ende beraten seien, sondern beispielsweise zwischen National- und Ständerat hin- und hergingen, heisst es. Zum ande-

ren müsse verhindert werden, dass Bundesräte vor laufender Kamera dazu genötigt werden könnten, zu Geschäften ihrer Regierungskollegen Stellung zu nehmen.

Als problematisch erachten es die Kommunikationschefs zudem, bei SRF Dauerpräsenz zu markieren, während sie das französischsprachige RTS und das italienischsprachige RSI aus Zeitgründen weniger oft berücksichtigen könnten – von der schreibenden Zunft ganz zu schweigen, die schon bei gewöhnlichen bundesrätlichen Pressekonferenzen stets hinstehen muss. «Wie liesse es sich rechtfertigen, andere Medien ungleich zu behandeln?», fragt ein Kommunikationsspezialist des Bundes. Und ein anderer ergänzt: «So kurz vor der hitzigen Debatte über die 'No Billag'-Initiative könnte es kontraproduktiv wirken, wenn wir den Anschein erwecken würden, SRF zu bevorzugen.»

«Unfaire» Zwei-gegen-eins-Situation

Auch an den beiden vorgesehenen Moderatoren stört man sich in Bundesbern. Die geplante Konstellation mit zwei Interviewern, die ein Regierungsmitglied in die Mangel nehmen, sei «unfair», heisst es. Und auf Brotz, der sich den Ruf eines hartnäckigen Fragestellers erarbeitet hat und insbesondere bei SVP-Politikern alles andere als wohlgeht, hat man erst recht keine Lust. «Ich würde meinen Job schlecht machen, wenn ich meinen Chef ermuntern würde, sich von Brotz 'grillieren' zu lassen», sagt ein Berater.

SRF-Mediensprecher Stefan Wyss spielt die Angelegenheit auf Anfrage herunter: In jeder Sendung einen Bundesrat auf dem «heissen Stuhl» zu haben, sei gar nicht zwingend. Unter den zu «Rundschau Spezial» eingeladenen Persönlichkeiten könnten «Bundesräte, aber auch Spitzenpolitiker aus der Schweiz und aus benachbarten Ländern, Wirtschaftsführer oder Vertreter internationaler Organisationen sein».



Sandro Brotz: Die Bundesräte fürchten sich offenbar vor dem SRF-Moderator.

Bild Pressedienst

Auf dem Laufenden bleiben

Über die Kanäle der Südostschweiz sind Sie stets gut informiert.



Online suedostschweiz.ch



Facebook
Zeitung Südostschweiz



Twitter
@suedostschweiz



Instagram
so_bildredaktion